

**STADT WUPPERTAL / DIE OBERBÜRGERMEISTERIN**

Bericht	Geschäftsbereich	Kultur und Sport & Sicherheit und Ordnung
	Ressort / Stadtbetrieb	209 - Sport- und Bäderamt
	Bearbeiter/in Telefon (0202) E-Mail	Alexandra Szlagowski 5632955 alexandra.szlagowski@stadt.wuppertal.de
	Datum:	14.06.2026
Drucks.-Nr.: VO/0735/26 öffentlich		
Sitzung am	Gremium	Beschlussqualität
	Sportausschuss	Entgegennahme o. B.
Aktueller Sachstand zur Bewerbung der Region KölnRheinRuhr für die Olympischen und Paralympischen Spiele in 2036, 2040 oder 2044		

Grund der Vorlage

Der Sportausschuss soll transparent über den weiteren Entscheidungsweg im Bewerbungsprozess informiert werden.

Beschlussvorschlag

Der Sportausschuss nimmt den Sachstandsbericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Scherff

Unterschrift**Bericht**

Nach den erfolgreichen Bürgerentscheiden in NRW (außer in Herten, wo das notwendige Quorum verfehlt wurde), ist die Olympiabewerbung in die zweite Phase gegangen. Bis zum 4. Juni musste der DOSB-Fragenkatalog beantwortet und die finale Konzeptunterlage eingereicht werden.

Die Hamburger Bürgerschaft und die Stimmberechtigten haben derweil die Bewerbung für Olympische und Paralympische Spiele abgelehnt. Beim Bürgerentscheid (Olympia-Referendum) am 31. Mai 2026 stimmten 54,9 % der Wählerinnen und Wähler gegen die Pläne des Senats. Die Bewerbung für die Spiele (2036, 2040 oder 2044) wurde daraufhin offiziell zurückgezogen.

Überarbeitetes Sportstättenkonzept

Das Sportstättenkonzept für KölnRheinRuhr wurde nach Gesprächen mit den Sportfachverbänden weiter optimiert: Das Ergebnis dieser engen Abstimmungen sind einige Anpassungen sowie konkretere Detailplanungen, die das Bewerbungskonzept noch einmal optimieren. Die Anpassungen stärken unter anderem die Fokussierung auf die Athletinnen und Athleten, machen die Spiele noch kompakter und unterstreichen den Anspruch der Bewerbung, die nachhaltigsten Olympischen und Paralympischen Spiele auszurichten.

Für die Sportarten Wasserball und Boxen sind künftig Austragungsorte vorgesehen, die den erweiterten Anforderungen der Athletinnen und Athleten noch gezielter gerecht werden und noch attraktivere Kulissen für die Zuschauerinnen und Zuschauer bieten.

Wenige Tage vor Veröffentlichung informierte die Staatskanzlei das Sport- und Bäderamt über die Verlagerung der Wasserball-Wettbewerbe von Wuppertal nach Duisburg. In den Gesprächen mit dem Schwimmverband wurde der Wunsch deutlich, den Landschaftspark Duisburg-Nord mit seiner einzigartigen Industriekulisse zu nutzen. Der Landschaftspark selbst bietet sonst kein permanentes Wasserballbecken im täglichen Freizeitbetrieb, betreibt aber das größte Indoor-Tauchzentrum Europas (den Tauchgasometer). Außerdem sind in Duisburg zwei Wasserball-Bundesliga-Vereine ansässig und der Standort Duisburg international erprobt. Die Vorrunden- und Endrunden-Wettbewerbe sollen auf Wunsch des Verbandes an einem Standort gebündelt stattfinden. Der Park wurde dafür auserkoren, weil er im Vergleich zur zuvor geplanten Schwimmoper in Wuppertal Platz für deutlich mehr Zuschauerinnen und Zuschauer bietet und Raum für großzügigere Tribünenanlagen schafft. Eine genaue Zuschauerzahl für diese potenziellen Spiele steht noch nicht fest. Die Staatskanzlei hat versichert, dass die Schwimmoper als Trainingsstätte erhalten bleibt.

Das Stadion am Zoo bleibt hingegen als Wettkampfstätte fester Bestandteil im Sportstättenkonzept.

Die Finalwettkämpfe im Boxen sind nun im Vonovia Ruhrstadion vor noch größerer Kulisse mit rund 20 000 Zuschauerinnen und Zuschauern statt in der Messe Essen geplant.

Auch die Sportart Mountainbike wurde verlegt und wird künftig in Essen geplant. Hintergrund der Anpassung ist das Ergebnis des Ratsbürgerentscheids in Herten. Für die Sportart Mountainbike waren ursprünglich die Kommunen Herten und Recklinghausen vorgesehen. Jedoch wurde die benötigte Stimmenanzahl und damit das Gesamt-Quorum nicht erreicht. Damit entfällt der Standort für die weiteren Planungen und das Konzept. In enger Abstimmung mit dem Sportfachverband und den beteiligten Kommunen wird die Sportart Mountainbike nun nach Essen auf den Brammentrail auf der Schurenbachhalde verlegt.

Nunmehr sind neben der Leading City Köln jetzt 14 Kommunen an der Bewerbung KölnRheinRuhr beteiligt: Aachen, Bochum, Dortmund, Duisburg, Düsseldorf, Essen, Gelsenkirchen, Krefeld, Leverkusen, Mönchengladbach, Monheim am Rhein, Oberhausen, Pulheim, Wuppertal. Dazu kommen die Segelwettbewerbe in Kiel oder Warnemünde und Kanu-Slalom in Markkleeberg.

Nachhaltigkeit weiter gestärkt

KölnRheinRuhr legt ein Konzept vor, das zu 100 Prozent auf bestehende oder temporär ertüchtigte Sportstätten setzt. KölnRheinRuhr hat damit den nachhaltigsten Plan. Nun bestätigt ein Umweltscreening der Deutschen Sporthochschule Köln die Planungen: Die erforderlichen Schutzkriterien für Naturschutzgebiete, Landschaftsschutzgebiete oder Wasserschutzgebiete können erfüllt werden, sind bereits in vollem Umfang erfüllt oder eine Betroffenheit der Gebiete ist nicht zu erwarten. Das gilt auch für das Olympische und Paralympische Dorf sowie das Leichtathletikstadion und die dafür vorgesehene Fläche im Kölner Norden.

Sichtbarkeit des Para Sports ausgebaut

Einen weiteren Schwerpunkt der Bewerbung bildet der Fokus auf den Para Sport. Das Bekenntnis zur Paralympischen Idee ist untrennbar verbunden mit dem Bekenntnis zur Stärkung des Para Sports und der Inklusion in Nordrhein-Westfalen. Dieses konsequente Zusammendenken von Olympischer und Paralympischer Idee zeigt sich auch in den noch einmal nachgeschärften Planungen zu den

Rekordkulissen, die für Para Sport die gleichen Sportstätten wie für die olympischen Wettkämpfe vorsehen. Die Disziplin Para Dressur soll nun wie die olympische Disziplin Dressurreiten im großen Reitstadion in Aachen stattfinden, wodurch sich die Zuschauerzahl auf 40.000 Zuschauerinnen und Zuschauer nahezu vervierfacht. Für den Para Sport ist das eine zusätzliche einzigartige Rekordkulisse in KölnRheinRuhr, die ebenso bedeutet, dass noch mehr Menschen die Möglichkeit bekommen, Olympische und Paralympische Spiele vor Ort zu erleben.

Jugendbeteiligung fokussieren

Olympische und Paralympische Spiele stehen für internationale Begegnung. Die Spiele sollen junge Menschen international vernetzen und für Verantwortung im Sport begeistern. Die Bewerbung KölnRheinRuhr sieht dafür nun unter dem Titel „Next-Gen-Lab“ ein intensives Beteiligungsformat für Jugendliche vor, die ihre Perspektive bereits in die Planungen einbringen können. Dazu werden alle zwei Jahre in einer internationalen Konferenz junge Menschen aus verschiedenen Nationen zusammengebracht. Diese Young Leaders können Sportstudierende, engagierte junge Volunteers, Nachwuchsführungskräfte von Sportorganisationen, erfolgreiche Nachwuchsleistungssportlerinnen und -sportler sowie junge Trainerinnen und -trainer sein. Dabei bringt KölnRheinRuhr die Erfahrung aus dem Young Leader Programm der Sportjugend NRW ein.

Ziel ist die Ausrichtung eines internationalen Jugendcamps während der Spiele, in dem mindestens 5.000 junge Menschen aus allen Kontinenten zusammenkommen.

Die Bewerbung KölnRheinRuhr hat Anfang Juni fristgerecht ihre finalen Unterlagen für Olympische und Paralympische Spiele 2036, 2040 und 2044 beim Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB) eingereicht.

Weiterer Entscheidungsweg

Nunmehr beginnt die 3. Phase des Beerbungsprozesses mit vertiefter inhaltlicher Bewertung durch den DOSB in Form der Konzeptevaluation und Aktivierung des organisierten Sports seitens der Staatskanzlei.

Die Konzepte der drei Bewerberregionen werden in den kommenden Wochen durch den DOSB evaluiert. Dabei werden auch die olympischen Spitzenverbände sowie die Bundesregierung einbezogen.

Am 26. Juni treffen die Oberbürgermeister*innen in Köln mit den Spitzenvertreter*innen der Sportfachverbänden zusammen. Inhalt ist die Präsentation des vollständigen Bewerbungskonzeptes inklusive Nachhaltigkeit, Mobilität, Teilhabe und Kosten.

Die abschließende Entscheidung, welche Region für die internationale Bewerbung ausgewählt wird, fällt dann auf der außerordentlichen DOSB-Mitgliederversammlung am 26. September 2026 in Baden-Baden.

Begleitend zu dem Bewerbungsprozess tritt die Staatskanzlei aktuell in die Abwicklung der Erstattung der zugesagten 85% der beim Ratsbürgerentscheid entstandenen Kosten ein. Die Kosten werden bei der Stadt Wuppertal zusammengetragen und übermittelt. Die Kosten liegen bei ca. 440.000 Euro. Damit verbleiben nach Übernahme des Anteils der Staatskanzlei rund 66.000 Euro bei der Stadt Wuppertal.

Klimacheck

Hat das Vorhaben eine langfristige Auswirkung auf den Klimaschutz und/oder die Klimafolgenanpassung?

Auswirkungen, bitte Auswahl treffen:

Neutral / keine Auswirkung

Begründung: Es handelt sich um einen Sachstandsbericht ohne Auswirkungen auf den Klimaschutz und/oder die Klimafolgenanpassung.

Anlagen

Anschreiben der Staatssekretärin Andrea Milz an Wuppertals Oberbürgermeister Miriam Scherff vom 12.6.2026